

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852**

13.2.1852 (No. 37)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Februar.

N. 37.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

## Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 12. Febr.** 22. Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.) Spezielle Diskussion über das Katastergesetz.

Art. 1. „Sämmtliche Liegenschaften des Großherzogthums sollen unter Leitung der Staatsbehörde auf der Grundlage der trigonometrischen Landesaufnahme stückweise vermessen werden, mit Ausnahme jedoch 1) der nach §. 31 des Forstgesetzes vom 15. Nov. 1833 schon vermessenen oder noch zu vermessenden Waldungen, und 2) jener Gemarkungen, Gewanne und einzelnen in ununterbrochenem Zusammenhange mindestens 50 Morgen betragenden Güter, für die eine im Landesmaß vollzogene oder in dasselbe reduzierte stückweise Vermessung bereits vorliegt, welche nach vorgängiger Prüfung als richtig und zur Eintragung in das allgemeine Dreiecksnetz erkannt wird.“

Klauprecht wünscht eine genauere Fassung: ... sollen nach polygonaren Messungen der Fluren und Gewanne zc. Er begründet diesen Antrag mit Hinweisung auf die allein Sicherheit gewährende Messung mit dem Theodolit und die Erfahrungen, die man in Frankreich gemacht, wonach die dort im Jahr 1807 begonnene, 1838 beendete Vermessung 200 Millionen Franken gekostet und am Ende sich als so unrichtig erwiesen habe, daß man auf eine neue angetragen habe, die auf 30 Jahre berechnet, einen neuen Aufwand von 150 Millionen in Anspruch nehme. (Journal des Debats vom 28. Okt. 1846.)

Staatsrath Regenauer ist gegen den Antrag, da er nicht in das Gesetz gehöre, so richtig auch die Begründung desselben sei. Man könne sich übrigens darauf verlassen, daß die Regierung zur alten fehlerhaften Methode nicht zurückkehren werde.

V. R. in gleichem Sinn; in einzelnen Fällen seien jedoch auch Messungen nach der alten Methode zulässig.

Fischer: Auch die Messungen mit dem Theodolit seien nicht unfehlbar, wie er aus Erfahrungen wisse; wo die alten Vermessungen ein annähernd richtiges Resultat geliefert, da solle man den Gemeinden keine neuen Kosten machen.

Huber wünscht, daß auch Waldparzellen unter 50 Morgen aufgenommen werden; worauf

Staatsrath Regenauer erklärt, daß bei noch nicht vermessenen Dies der Fall sein könne.

Der Antrag des Abg. Klauprecht wird nicht unterstützt und der Art. 1 angenommen.

Art. 2 ohne Diskussion angenommen.

Art. 3 verfügt sub 2, daß mangelhafte Feldtheilungen verbessert werden, auch bei sehr zerstücktem Grundbesitz, wo thöulich, eine Zusammenlegung der Grundstücke vereinbart wird.

Meier fragt, ob eine solche Zusammenlegung, wenn es sich von Uebertragung des Besizes handle, accisfrei vor sich gehen werde.

Staatsrath Regenauer erwidert, daß es kein Bedenken dabei habe.

Schaaff: Daß solche Fälle schon vorgekommen seien und kein Accis erhoben worden sei.

Weller und Schmitt wünschen, daß die Bestimmung ins Gesetz aufgenommen werde, damit nicht in anderer Zeit unter einem andern Finanzminister es anders gehalten werde.

Der Antrag Weller's wird am Schluß der Diskussion als Zusatzparagraphe wiederholt und an die Kommission zurückgewiesen. Der Artikel selbst angenommen.

Art. 4 angenommen.

Art. 5 verfügt sub 2, daß die Grund- und Häuserbesitzer als Beitrag zum Vermessungsaufwand 15 kr. vom Morgen und 5 kr. von jedem Stück ihres Besitzthums an die Staatskasse entrichten.

Meier stellt im Interesse der Gemeinden, wo der Grundbesitz sehr zerstückelt sei, den Antrag: „daß vom Morgen 17 kr., von der Parzelle 3 kr. erhoben werden.“

Staatsrath Regenauer ist gegen diesen Antrag.

Reitig für Verweisung desselben an die Kommission.

Klauprecht für den Regierungsentwurf, indem er aus vergleichenden Zusammenstellungen nachweist, daß in andern Staaten eine gleiche Berechnung zum Grunde liege.

Nach einigen weitern Bemerkungen des Staatsraths Regenauer und der Abgg. Jungmanns, Huber, Schaaff, Umbroster wird der Meier'sche Antrag verworfen, und der Art. 5 angenommen.

Art. 6 angenommen.

Art. 7. „Kassen Gemeinden oder andere Eigenthümer von Gemarkungen, Gewannen oder einzelnen in ununterbrochenem Zusammenhange mindestens fünfzig Morgen betragenden Grundstücken dieses ihr Besitzthum nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes vermessen, bevor von Staats wegen zur stückweisen Vermessung desselben geschritten wird, so soll ihnen aus der Staatskasse der Theil der Kosten vergütet werden, welchen der Staat, falls er die Vermessung hätte vornehmen lassen, nach Art. 5 selbst zu tragen gehabt haben würde.“

„Diese Vergütung kann aber erst dann in Anspruch genommen werden, wenn das allgemeine Vermessungsgeschäft bis zu der betreffenden Gemarkung vorgeschritten und die in-

zwischen aus Auftrag der Gemeinde oder des Grundbesizers vorgenommene Vermessung nach Art. 1, Satz 2, als brauchbar erkannt ist.“

Fischer stellt den Antrag: daß den Gemeinden, welche schon brauchbare Operationen besitzen, der Staatsbeitrag vergütet werde, und macht für denselben geltend, daß solche Gemeinden auch mehr Steuer seither bezahlt hätten, da sie nach dem wirklichen Besitz bemessen worden.

Der Berichterstatter: Man habe diesen Punkt bereits in der Kommission erwogen, allein ohne zu dem gestellten Antrag zu kommen, da man in vielen Fällen gar nicht mehr wisse, wer der Bezugsberechtigte sei, weil seit der Vermessung das Gut in ganz andere Hände übergegangen sei.

Staatsrath Regenauer: Es wäre Dies auch eine Anomalie in unserer ganzen Gesetzgebung. Niemand habe daran gedacht, Gemeinden, welche vor dem Zehntablosungs-Gesetz durch Verträge mit den Berechtigten den Zehnten abgelöst hätten, den durch das spätere Gesetz festgesetzten Staatsbeitrag zu zahlen.

Nachdem noch Friedrich, Böhme, Schanzlin für, und Trefurt, Mathy, Schmitt gegen den Antrag Fischer's gesprochen, wird derselbe von der Kammer verworfen.

Zu Art. 8 drückt Präsinari den Wunsch aus, daß die Führung der Lagerbücher gesetzlich geregelt werde.

Staatsrath Regenauer findet gegen diesen Wunsch Nichts einzuwenden.

Art. 9 und 10 werden angenommen, eben so die beiden von der Kommission gestellten Wünsche.

## Zur Politik der deutschen Staaten.

Noch seh' ich manches Auge flammen,  
Und Kopfen hör' ich manches Herz.

In der politischen Abspannung unserer Tage wird manchen Erscheinungen die Aufmerksamkeit nicht zugewendet, welche ihnen gebührt. Daß die preussischen Abgeordneten Stahl und Gerlach, deren Richtung bekannt genug ist, dem Absolutismus in solcher Weise den Rücken kehren, sich so bestimmt für die Verfassung erklären, zusammengehalten mit den konstitutionellen Sympathien, welche von dem englischen Premier bei der Frage über Palmerston's Rücktritt ausgesprochen worden sind, möchte einen Blick thun lassen in den künftigen Gang der Ereignisse. Es wird der hoffentlich friedliche Kampf sein zwischen der absoluten und konstitutionellen Regierungsform, die beide ihre Mängel, beide ihre Vorzüge haben. Auch von der lokalen Nothwendigkeit abgesehen, wird Niemand einem Absolutismus, wie er in Oesterreich geübt wird, seine Anerkennung verweigern. Die größere Reichseinheit, welche für Oesterreich eine Lebensbedingung ist, kann nun einmal durch eine die verschiedenen Völker umfassende konstitutionelle Verfassung nicht erreicht werden, und statt des Unerreichbaren bieten die österreichischen Staatsmänner eine große Summe von organischen und administrativen Verbesserungen im Innern, und große Vereinigungen, Post- und Telegraphenverein, Zollunion für ein Handelsgebiet von 70 Millionen zc. nach außen. Das konstitutionelle System ist, was Ausführung und Erfolg anlangt, in nächster Zeit nicht auf Rosen gebettet. Freilich hatte es durch die vorläufigen Bestrebungen, seine Macht auf Kosten der Krone auszudehnen und ihr ein Hoheitsrecht um das andere zu entwenden, beide zu Grunde gerichtet, und jede Verfassung, die jetzt Glück machen will, muß sich als eine Stütze des monarchischen Systems zu empfehlen wissen. Man glaube aber ja nicht, daß die Konstitution darum ein Scheinbild sein müsse. Nur daran sei hier erinnert, daß das Beamtenregiment, wenn es die einzige Form für das Leben eines Staates bildet, zu einer verderblichen Scheidung führt, und daß Land und Leute, Kräfte und Mittel nur durch eine Verfassung der Regierung so bekannt und befreundet werden, als zum Regieren nöthig ist. Und dann, sollte nach dem Scheitern aller nationalen Wünsche und Pläne, nachdem weder das Parlament noch Dresden Etwas gefordert haben, die Erfüllung nicht dem vereinten Streben von Kammern und Regierung vorbehalten sein? Nicht daß man jetzt jemand deutsche Organisationspläne vorbringen soll — dazu ist keine Zeit — nur für das gemeinsame Mögliche sollten Wünsche und Anträge laut werden, hier Krone und Stände sich begegnen. Deutscher Sinn sollte geweckt und gepflegt und dem Bundesrat nur Erreichbares zugemuthet, diesem aber, als dem einzigen Band, das die Deutschen umschlingt, die Herzen nicht entfremdet, sondern zugewendet werden. Immer noch ist es eine ungelöste Aufgabe, in einer übersichtlichen Zusammenstellung diejenigen Punkte zu bezeichnen und durchzuarbeiten, welche sich für gemeinsame deutsche Institute, für eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung eignen. Dafür hat auch der vorläufige Liberalismus wenig gethan, national ist er überhaupt nicht gewesen. Das eben muß anders werden. Wenn dann wieder einmal ein Sturm hereinbrechen sollte, so wird er die deutschen Länder am besten gerüstet finden, welche in monarchisch-konstitutioneller Form den deutschen Gedanken gepflegt haben. Nicht Alles war trügerischer Dunst in der Bewegung der letzten Jahre. Wer einmal Verlangen ge-

tragen nach dem Brod der deutschen Einheit, der läßt sich keinen Stein dafür bieten.

## Deutschland.

\*+ Karlsruhe, 12. Febr. Bei den fortwährend stürmischen Witterungsverhältnissen schreitet die Wiedergenesung Sr. kön. Hoh. des Großherzogs nur langsam voran, und wenn auch im Ganzen die Nächte gut zu nennen und keine Fieberbewegungen mehr wahrzunehmen sind, so hat sich doch bei dem beständigen Liegen die Euphorie nicht gesteigert. Die fortwährend erhöhte Empfindlichkeit des Knies gestattet Sr. kön. Hohheit noch nicht, das Bett zu verlassen. Im Allgemeinen ist der Zustand des geliebten Fürsten ein beruhigender, und bietet keinerlei von den gewöhnlichen derartigen Sichtsankfällen abnorme Erscheinungen dar.

+ Karlsruhe, 12. Febr. Tagesordnung der 9. öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer auf Freitag, den 13. Febr., Morgens 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Herrn v. Gemmingen über die Rechnungsnachweisungen des großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1848—1849. 3) Bericht des Oberforstrats v. Gemmingen und Berathung über die Gesetzentwürfe a) die unveränderte Fortsetzung der Kauf- und Tauschbrieffare und die Kaufaccise betr., b) die Fortentscheidung der Schlachtviehaccise betr.

++ Karlsruhe, 12. Febr. Tagesordnung der 23. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer auf Freitag, den 13. Februar, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2) Bericht und Diskussion über einen Antrag des Abg. Weller wegen Accisbefreiung von Gütertausch zum Zweck der Arrondirung bezüglich der Katastervermessung. 3) Berathung des Berichts des Abg. Trefurt über die Motion des Abg. Mathy auf Errichtung einer Landes-Kreditanstalt. 4) Berathung des Berichts des Abg. Eisenlohr über die Motion des Abg. Trefurt, Abänderung der Geschäftsordnung betr. 5) Berichte der Petitionskommission.

++ Karlsruhe, 12. Febr. Dem Vernehmen nach haben die Konferenzen der Kommissäre der fünf Regierungen, deren Territorien die oberrheinische Kirchenprovinz bilden, vor einigen Tagen ihren Anfang genommen, und haben bereits drei Sitzungen stattgefunden. Der Kommissär für das Großherzogthum Hessen, Ministerialrath v. Rieffel, ist bis jetzt noch nicht eingetroffen; dagegen waren zur Berathung zusammengetreten für Baden Staatsrath v. Stengel, für Württemberg Oberkirchenrath Schmidt, für Kurhessen Obergerichts-Direktor Abbe und für Nassau Ministerialrath Händel. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir die Meinung aussprechen, die bezeichnete Kommission sei nicht so fast beauftragt, definitive Beschlüsse zu fassen, als vielmehr die einschlägige Frage vorzubereiten und diejenigen Punkte festzustellen, die den betreffenden Regierungen als gemeinsame zur Behandlung des betreffenden Gegenstandes vorzuschlagen wären.

\* Mannheim, 11. Febr. Die durch den Rücktritt des Hrn. Fr. Reih' nöthig gewordene Neuwahl eines ersten Bürgermeisters unserer Stadt fiel auf den Weinbändler Hrn. Karl Diffe'ne, welcher die Wahl auch annahm. Da derselbe, ein Freund höherer Bildung, als ein streng rechtlicher, humaner und intelligenter Mann von konservativer Gesinnung bekannt ist, so erregte das Wahlergebnis bei der hiesigen Einwohnerschaft begründete Freude und Befriedigung.

|| Mannheim, 12. Febr. Der Gesundheitszustand der durchlauchtigsten Prinzessin Wafa hat sich so sehr gebessert, daß dieselbe noch heute zum Besuch Ihrer kön. Hoh. der Frau Großherzogin Stephanie dahier erwartet wird.

4 Vom Mittelrhein, 9. Febr. Wir hatten Gelegenheit, den Plan zur Eisenbahn-Brücke über die Kinzig im Detail und in der Ausführung uns zu beschauen. Die Brücke wird einen Raum ohne Zwischenpfeiler von 210 Fuß breit überspannen, einzig getragen von den an den Seiten über sie hinlaufenden 20' hohen Eisengittern, die sich an beiden Ufern mit je einem starken Thurme verbinden. 4 Lokomotive und eine die Brücke ganz bedeckende Menschenmasse vermag sie zu gleicher Zeit ohne die geringste Schwankung zu tragen. Rechnet man zu dem Bewußtsein von dieser Leistungsfähigkeit noch den überraschend großartigen und schönen Anblick des Werkes, welches in seinem architektonischen Theile im Style des nahe gelegenen Drienberger Schlosses gehalten ist, hinzu, so ist die Wirkung auf den Beschauer eine wahrhaft wundervolle, und es macht schon der Entwurf seinem Meister, als welcher uns der technische Rath in der Oberpostdirektion genannt wird, alle Ehre. Die verheerenden Fluthen der Kinzig werden in Zukunft über diesen Riesenschauer, der sich zugleich durch seine Wohlfeilheit und Dauerhaftigkeit auszeichnet, Nichts mehr vermögen und der Kinzigübergang zu einem der interessantesten Punkte unserer Eisenbahn werden und viele Beschauer von nahe und fern herbeiziehen. Der Eisenbedarf wird vorzüglich aus badischen Erzeugnissen geschöpft und die Ausführung mit badischen

Arbeitskräften bewerkstelligt werden, so daß der sämmtliche Aufwand dem Lande selbst zugute kommt.

**Freiburg, 11. Febr.** In geräuschloser Unscheinbarkeit sind gegenwärtig die geistlichen Oberhirten der oberrheinischen Kirchenprovinz hier, am Siege des Erzbischofs und Metropolitens, versammelt, um über die kirchliche Frage unter sich Rath zu pflegen. Sie sind vorgestern Abend mit dem letzten Bahnzuge angelangt. In Begleitung des Bischofs von Limburg befindet sich Domkapitular Dr. Klein, in der des Bischofs von Mainz Domkapitular Lennig; die zwei andern Bischöfe, von Fulda und Rottenburg, brachten ihre Haus- und Hofkaplane mit sich. Dem Vernehmen nach wurde von Seiten des hiesigen erzbischöflichen Domkapitels der Domkapitular und Generalvikar Dr. v. Buchegger zu den Konferenzen, welche schon am folgenden Morgen eröffnet wurden, beigezogen. Ein feierlicher Gottesdienst vor Beginn der Beratungen hat nicht stattgefunden. Ueber den Gegenstand und Gang der Verhandlungen verlautet bei der großen Zurückhaltung, welche hinsichtlich der Konferenzen obwaltet, Nichts, und sind deshalb nur Konjekturen möglich; doch vereinigen sich diese dahin, daß es sich vorzüglich um eine Verständigung über gemeinsame zu ergreifende Maßregeln für den Fall handelt, daß die in Karlsruhe stattfindenden Konferenzen der Kommissäre der betreffenden Regierungen über die Kirchenfrage zu dem in der bischöflichen Denkschrift vom Februar 1851 ausgesprochenen und begehrten Resultat nicht führen sollten. Die Beratungen der H. Bischöfe dürften bereits geschlossen sein und einstimmige Beschlüsse zur Folge gehabt haben.

**Uebningen (A. Rabolzfell), 10. Febr.** Der gewesene Staatschreiber Müller von Frauenfeld, Kantons Thurgau, Mitglied des Verwaltungsrathes der Stadt Frauenfeld, entfernte sich vorgestern von Hause unter Umständen, welche eine alsbaldige Untersuchung über den Bestand der ihm anvertrauten Gelder veranlaßten. In Folge eines entdeckten nicht unbedeutenden Kassendefekts wurde er sogleich in der Richtung von Schaffhausen nach Straßburg steckbrieflich verfolgt. Derselbe schlug aber den entgegengesetzten Weg ein, indem er von Stein aus in das Großherzogthum über Uebningen eintrat, woselbst er mit seinem Fuhrwerk Abends 7 Uhr ankam und von dem Gränzaufsichtsposten daselbst angehalten wurde. Sein Reisepaß bezeichnete ihn als einen Bürger und Expediteur von Konstanz. Wegen des baaren Geldes von etwa 2000 fl., welches er in einem Sack mit sich führte, bemerkte er, daß er damit Geschäfte in Wangen zu machen habe. Da durchaus kein Verdachtsgrund vorlag, ihn weiter aufzuhalten, so setzte er seine Reise fort.

Gestern Nacht kamen zwei eidgenössische Landjäger zu seiner Verfolgung hier an, um ihn zu verhaften. Die von unserer Gendarmerie unverzüglich mit Eifer und Ausdauer vorgenommene Fahndung blieb jedoch bis gestern Vormittag ohne Erfolg, um welche Zeit der zu Hemmenhofen stationirte Postenfürer mit einem Gränzaufseher in Folge erhaltener Mittheilung, unter Zuzug des Bürgermeisters und des Ortspolizeidieners, den Staatschreiber Müller, und zwar in der Verhauung eines Gemeinderaths verhaftete.

Müller hatte auf seiner Flucht zwei in Hemmenhofen wohnende Mädchen aufgesucht, welche früher bei ihm in Diensten standen, und mit denen er, obgleich verheirathet, eine bis zu Alimentsansprüchen gehende Bekanntschaft hatte.

Dem energischen Einschreiten des Postenfürers gelang es, die Baarschaft ausfindig zu machen, von welcher 1000 fl. in einer Güllengrube verfenkt waren. Der Arretirte wurde sofort dem groß. Bezirksamt zur weiteren Untersuchung vorgeführt.

**München, 10. Febr. (M. Münch. Z.)** Ein mit ungewöhnlicher Frechheit heute verübter Raubmord hat unsere Hauptstadt in Schrecken und Bestürzung versetzt. Es wurde nämlich der Zigarrenhändler Hr. Reeb jun. in seinem im Mondell vor dem Karlsplatz befindlichen Laden mit vielen Wunden ermordet und dessen Kasse ausgeraubt gefunden. Die einschlägige That geschah gegnündeten Vermuthungen zufolge zwischen 8 und 9 Uhr Vormittags. Erwägt man, daß dieser Mord in einem offenen Laden, an einem der gangbarsten Plätze, kaum 30 Schritte von der Thorwache entfernt, gegenüber einem Haltplatz der Kaiser geschah, so muß man mit Recht über die beispiellose Frechheit des Thäters staunen. Die Polizei bietet ihre angestrengteste Thätigkeit auf, dem Verbrecher auf die Spur zu kommen.

**Hannover, 9. Febr.** Die offizielle „Hannoversche Zeitung“ berichtet heute: „Die aus dem „Hamb. Corresp.“ in hiesige Blätter übergegangene Nachricht, daß die Verhandlungen mit Oldenburg über dessen Beitritt zum Septemberversuche gescheitert seien und daß Oldenburg nicht beitreten werde, kann mit allen daran geknüpften Befürchtungen als ungegründet bezeichnet werden. Im Gegentheil ist sicherem Vernehmen nach zu einer baldigen Verständigung jetzt mehr Aussicht wie früher vorhanden, und die baldige Wiederankunft des zur Einholung weiterer Instruktionen auf kurze Zeit nach Hause gereisten oldenburgischen Kommissärs dürfte am besten zeigen, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, sondern nur, theils behufs des schon angegebene Zweckes, theils behufs wegen einer nöthig gewordenen kurzen Anwesenheit des diesseitigen, wie des preussischen Kommissärs zu Berlin eine Unterbrechung von mutmaßlich nur wenigen Tagen erlitten haben.“

**Altona, 8. Febr. (Fr. Z.)** Der Graf v. Mensdorff-Pouilly, welcher gestern in Begleitung des österreichischen Obersten v. Nösgen von Berlin in Hamburg angekommen war, setzte heute seine Reise nach Kiel weiter fort. Der Feldmarschall-Lieutenant v. Legebitzsch, wie auch die Generale v. Theiner und Schiller, waren schon früher von seiner Ankunft benachrichtigt und stellten ihm gestern sofort einen Besuch in Hamburg ab, von dem sie erst Abends spät wieder zurückkehrten. Der Aufenthalt des Grafen Mensdorff-Pouilly in Kiel wird nur von sehr kurzer Dauer sein. Sobald er im Verein mit dem Grafen v. Thümen die Regierung von

Holstein dem Grafen Criminil übergeben haben wird, wird er nach Rendsburg sich begeben, um die nöthigen Ordres wegen des Abmarsches der österreichischen Truppen zu erlassen. Auch der Graf v. Criminil wird sogleich nach Uebnahme der Regierung nach Kopenhagen zurückgehen, um die näheren Verabredungen in Betreff der Ordnung der Dinge in den Herzogthümern mit den übrigen Ministern zu treffen, worauf der Graf Criminil wohl nochmals nach Kiel kommen wird, um eine Behörde daselbst zu installieren, welche die von ihm ausgehenden Verordnungen zur Ausführung zu bringen haben wird, denn der Graf selbst wird in Kopenhagen residiren.

**Berlin, 9. Febr.** Außer dem (gestern weitläufiger besprochenen) Antrag, die Neubildung der Ersten Kammer betreffend, welcher an die Kommission verwiesen wurde, kam heute in der Ersten Kammer u. A. eine Diskussion über zwei Petitionen von 18 Rittergutsbesitzern und 119 andern Einwohnern der Provinz vor, dahin gehend, „die Kammer wolle eine durchgreifende Aenderung der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 im Sinne der frühern ständischen Verfassung in Antrag stellen.“ — Die zweite Eingabe formulirte ihren Schlußantrag dahin: „die Kammer wolle, als unsere Vertreterin, auf gefälligem Wege Sr. Maj. den König bitten, daß Allerhöchstderselbe gerüben möge, die uns verliehene Konstitution wieder zurück und die Jügel der Regierung wieder in seine starke Hand zu nehmen, und uns wieder, wie früher, der König von Gottes Gnaden, der Vater seines Volkes zu sein, der Ordnung, Vertrauen und Verdienst ins Land zurückführt.“ Die Kammer nahm den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung einstimmig an. — Die Zweite Kammer genehmigte nach einer Diskussion über die Gehalte der Konsularagenten den Gesammtetat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Folgte sodann die Verhandlung über die Etats der Verwaltung der indirekten Steuern, des Salzmonopols und der Lotterie. Schubert verlangt eine angemessene Erhöhung der Rübenzucker-Steuer, worauf der Finanzminister v. Bodelschwingh erwidert, die Regierung werde nächstens hierüber einen Gesetzentwurf einbringen.

Am 2. d. ist der ev. Bischof Eylert, der bekannte Freund und Biograph des Königs Friedrich Wilhelm III., zu Potsdam gestorben.

**Weimar, 10. Febr. (B. Bl.)** Nach den an unsern Hof gelangten Mittheilungen bestätigt es sich, daß die Herzogin von Orleans nächstes Frühjahr mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, nach Eisenach zurückkehren wird, da bis dahin die Wittve Ludwig Philipp's, mit welcher sie zusammen in Claremont lebt, nach Reapel gehen will. Der Herzog von Anumale brachte den größten Theil des Winters in Madrid zu, wo bekanntlich sein Bruder, der mit der Infantin Louise vermählte Herzog v. Montpensier, lebt, während der Herzog v. Nemours und der Prinz v. Joinville meistens den stillen Familientreis in Claremont belebten.

Dieser Tage haben wir auch einen kleinen Auflauf erlebt, der dadurch herbeigeführt ward, daß die Fama einer Versammlung streng-orthodoxer hiesiger Einwohner, welche behufs religiöser Erbauung und Belehrung in einem Privathause stattfand, allerlei Abenteuerliches andichtete, und dadurch die neugierige, durch die Straßenjugend verdoppelte Menge heranzog. Es gelang jedoch der Polizei, dieselbe mit geringer Mühe zu zerstreuen.

**Wien, 6. Febr.** Nach der „Allg. Ztg.“ haben die Unterhandlungen Oesterreichs mit der Pforte zum Abschluß eines neuen, den österreichischen Interessen günstigen Handelsvertrags geführt. — Die minist. „D. fr. Corr.“ findet in der Erklärung Lord John Russell's im englischen Unterhause über die Entlassung Lord Palmerston's eine Bestätigung der zwischen den beiden westlichen Mächten bestehenden Spannung und reißt hieran die Bemerkung, daß sie zwar alle Ursache habe, die ungeschmälerte Bewahrung des Weltfriedens zu wünschen und zugleich vollen Grund habe, daran zu glauben, daß sie aber nicht umhin könne, bei diesem Anlasse hervorzuheben, daß die vor mehreren Jahren zwischen den beiden Westmächten geschlossene, innige Allianz den konservativen Grundfäden und dem Interesse der Legitimität bei mehr als einer Gelegenheit Nachtheil gebracht habe.

Wir haben neulich die Verbrennung von 20 Millionen Staatspapiergeld gemeldet. Die „Ber. Z.“ macht darauf aufmerksam, daß dieses Papiergeld nicht aus der im Umlauf befindlichen Summe genommen worden sei, sondern daß die Vernichtung nur den in Reserve liegenden, noch nicht ausgegebenen Theil des Papiergeldes getroffen, also auf den wirklichen Umlauf bis jetzt gar keinen Einfluß gehabt habe.

Ueber den Einfluß, welchen der am 1. Febr. ins Leben getretene neue Zolltarif gehabt hat, wird von Prag aus geschrieben: An ausländischen Manufakturwaaren wurden nur kaum nennenswerthe Kleinigkeiten verzollt, und da meistens Artikel, in deren Bezug man auch früher auf das Ausland angewiesen war, so namentlich englische Maschinenspiegen. Dagegen war der Andrang zur Verzollung von Baumwollgarnen, insbesondere aber von Baumwolle, und sehr vielen Kolonialwaaren im Prager Hauptzollamt am 2. Febr. sehr stark.

Durch Allerhöchstes Patent wird die Rekrutierung mit einer Kapitulationsdauer von acht Jahren auch auf das Königreich Dalmatien ausgedehnt, jedoch sollen die dortigen Rekruten in der Regel zu dem Matrosenkorps der österreichischen Flotte gestellt werden.

**Wien, 7. Febr. (B. Bl.)** Nach einem kaiserlichen Patent vom 2. d. wird auch für das Königreich Dalmatien, wie in den übrigen Kronländern, eine regelmäßige Rekrutenaushebung für 8jährige Dienstzeit ausgeschrieben, nur mit dem Unterschied, daß die nöthige Anzahl Matrosen für die kais. Marine aus dem jährlichen Kontingent ausgewählt werden soll. Die Kreise von Cattaro und Ragusa bleiben für dieses erste Mal von der Kontingentspflicht befreit.

Von Rom sind im vorigen Monat schon Depeschen eingetroffen, welche Reklamationen gegen manche der in der Josephinischen Periode vor sich gegangenen Klosteraufhebungen zum Inhalt hatten. Der Cisterzienser Abt Monsignore Amatori hatte zu gleicher Zeit vom Römischen Stuhl den Auftrag erhalten, diese Angelegenheit mündlich zu betreiben, und es scheint, daß sich die kaiserliche Regierung nicht abgeneigt zeigt, die Wünsche Roms wenigstens theilweise zu erfüllen. So sollen in Osegg in Böhmen, desgleichen auch in Oberösterreich und Ungarn mehrere ehemalige Klöster wieder errichtet werden.

### Schweiz.

**Aus der Schweiz, 11. Febr.** Seit längerer Zeit besteht ein Konflikt zwischen der Regierung von Tessin und dem Erzbischof von Mailand wegen eines Eingriffs, welchen sich jene in die Rechte des zum Sprengel des Erzbischofs gehörigen tessinischen Seminars zu Pollegio erlaubt hat. Die Sache ist jetzt dahin gekommen, daß der Erzbischof sich in einer Denkschrift mittelst der österreichischen Gesandtschaft in der Schweiz an den Bundesrath gewendet hat, worin verlangt wird, die Angelegenheit als eine völkerrechtliche zu erklären. Der Bundesrath hat der tessinischen Regierung davon Mittheilung gemacht. Der Bundesrath soll nicht geneigt sein, auf den Gegenstand einzugehen.

Der „Nouv. Vaudois“ schreibt, die französische Note, die am 24. v. M. übergeben worden, habe Bezug auf Flüchtlinge, und sei in sehr drohenden Ausdrücken abgefaßt. Der Schluß derselben sei selbst, wie es scheint, von solcher Begehrlichkeit, daß es nicht möglich wäre, zu entsprechen, ohne eine wirkliche Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz. Es handle sich nämlich darum, daß der Bundesrath sich förmlich verpflichte, alle Flüchtlinge von der Schweiz auszuweisen, die ihm die französische Regierung begehren würde. Der Bundesrath habe auf diese Begehren in würdiger und fester Weise geantwortet. Nach der „Allg. Ztg.“ hätte sich Druey über den Inhalt der Note dahin geäußert, sie spreche nicht in geziemerter Sprache angemessene Wünsche aus, sondern befehle der Schweiz, mehrere mit Namen genannte Flüchtlinge sogleich auszuweisen, und füge dieser gebietrischen Forderung entschiedene Drohungen bei, kurz, das Ganze sehe fast einer Kriegserklärung gleich.

Die H. Kern und Trog sind am 9. in Lausanne eingetroffen. Ihr Auftrag bezieht sich nicht nur auf die westlichen Kantone, sondern auf alle, in denen ihre Gegenwart nöthig werden könnte. In der Stadt Bern schwebt schon seit längerer Zeit die Frage wegen Ausschreibung des Vermögens der Bürger- und Einwohnergemeinde. Dieselbe soll nun endlich zur Erledigung gelangen, und zwar dadurch, daß der Einwohnergemeinde bestimmte Vermögenstheile zu selbstständiger Verwaltung zugeschieden werden.

### Italien.

**Turin, Am 4. Febr.** wurde die Berathung über die beiden Preßgesetzentwürfe fortgesetzt. Für den Regierungsentwurf sprach ausführlich der Justizminister, für den Entwurf der Kommission Rattazzi. Am 5. dauerten die Debatten fort. Cavour erklärte wiederholt, daß das Ministerium aus der Annahme des Regierungsentwurfs eine Kabinetfrage mache.

### Frankreich.

**Straßburg, 10. Febr. (Fr. Z.)** Die Regierung hat, wie man allgemein versichert, die Kandidaten bereits bezeichnet, welche sie für den gegengehenden Körper empfiehlt. Hr. A. Renouard von Bussieres, der auch von der Bevölkerung als unser Deputirter bezeichnet wird, ist zugleich von dem Ministerium empfohlen, unsere Stadt zu vertreten; dagegen wird in Schlestadt nicht, wie man erwartet hatte, Hr. Halley-Claparede als Regierungskandidat aufzutreten. In einigen Bezirken wird es wohl die Opposition versuchen, Lebenszeichen von sich zu geben; allein sie wird schwerlich Erfolg haben, da das Landvolk durchaus im Sinne der Behörden zu handeln Willens ist.

**Paris, 10. Febr.** Der „Monteur“ enthält heute keine wichtigen Dekrete. Die Baulichkeiten der Sorbonne werden definitiv an die Stadt Paris, die schon lange Ansprüche darauf erhob, als Eigenthum übertragen, wogegen sie aber die Verpflichtung übernimmt, auf ewige Zeiten die Akademie des Seine-Departements, so wie die theologische, wissenschaftliche und philologische Fakultät darin zu belassen und für die Unterhaltung der Baulichkeiten zu sorgen. Ein anderes Dekret nimmt sämmtliche Freistellen in den Staatsgymnasien oder Lyceen, etwas über 1000 an der Zahl, die durch ein Dekret der Konstituenten zur Hälfte für die Söhne unbemittelter Privatpersonen geöffnet worden waren, während indessen eine Maßregel Napoleon's 2400 solcher Freistellen ausschließlich zur Belohnung der dem Staat geleisteten Dienste bestimmt hatte, wieder ausschließlich für die Söhne verdienter Militärs- und Zivilbeamten in Beschlag und setzt außerdem statt der bisherigen öffentlichen Bewerbung um die Staats-, Departemental- oder Kommunalstellen ein Prüfungsverfahren zur Feststellung der nöthigen Vorkenntnisse und Reife ein. Der Präsident der Republik ernannt alsdann auf den Vorschlag des Unterrichtsministers zu den ganzen, Dreiviertels- oder halben Freistellen. — Die Akademie der Wissenschaften hat Hr. Franz Delessert mit 37 Stimmen gegen 24, die sie dem Prinzen Karl Bonaparte gab (der sich bekanntlich durch ornithologische Leistungen ausgezeichnet hat), zu ihrem freien Mitglied ernannt. Beide Bewerber waren von der betreffenden Kommission ex aequo vorgeschlagen worden. Es mußte dreimal gestimmt werden, um ein Resultat zu erlangen, welches jetzt von der Bestätigung des Präsidenten der Republik abhängt. — Die Vorbereitungen zur Unterdrückung der Galeeren sind fast beendet, 7690 Sträflinge sollen nach Cayenne übergesiedelt werden, um dort in militärisch organisirten Kolonien ein nützliches Dasein zu führen. Eine Anzahl der aus politischen Gründen zur Deportation bestimmten und nach Cayenne schon eingeschifften Personen ist wieder ausgeschifft und nach Paris zu-

rückgebracht worden. Auch für die beiden Mitglieder vom Berg, Marc Dufraisse und Greppo, ist die Deportation in lebenslängliche Verbannung umgewandelt worden. Es stellt sich also jetzt heraus, daß die Deportationsanstalten vorzüglich darauf berechnet waren, die Insurgenten zu schrecken. Die Anlegung von Straffsonnen zum Unterbringen der Galeerensträflinge war übrigens ein altes Projekt des Präsidenten der Republik. — Der General Castellane ist von Lyon in Paris eingetroffen, wie man glaubt, auf besondere Berufung. — Schon in den ersten Tagen des nächsten Monats wird in Paris auf Anordnung des Seine-Präsidenten Berger zum Verkauf eines Gebäudes aus der konfiszierten Masse des orleanistischen Vermögens geschritten werden. — Die in Paris anwesenden Spanier haben in mehreren Kirchen von Paris Messen für die Königin von Spanien lesen lassen. — Gestern Abend hat ein Ball im Elysée stattgefunden, wozu nur die Vertrauten eingeladen worden waren. — Gestern ist eine Person wegen Verbreitung falscher Nachrichten verhaftet worden. — An der Börse versicherte man heute auf das bestimmteste, Fould würde wieder das Finanzministerium übernehmen. — In der vorgestrigen und in der gestrigen Nacht sind Mordversuche auf die Schildwachen des Forts von Jory gemacht worden. Der erste fand um 1 1/2 Uhr statt; ein Blusenmann schoß auf die Schildwache, die Kugel durchbohrte den Hut; die Schildwache erwiderte das Feuer. Der Kommandant ließ sofort die Umgebungen des Forts durchsuchen, ohne jedoch die geringste Spur von dem Angreifer aufzufinden. Die folgende Nacht hatten die aufgestellten Schildwachen Befehl erhalten, auf ihrer Huth zu sein, obgleich man keineswegs an die Erneuerung eines Angriffs glaubte. Gegen zehn Uhr fiel jedoch wieder ein Schuß; die Schildwache wurde nicht verwundet, sondern ihr Rod nur leicht gestreift. Die in der Nähe aufgestellten Schildwachen feuerten sofort nach dem Orte, wo der Schuß gefallen war, und sofort wurden mehrere Abtheilungen Soldaten aus dem Fort entsendet. Eine derselben fand nicht weit von dem Ort, wo der Schuß gefallen war, einen Mann, der einen Schuß in die Wade erhalten hatte. Man brachte ihn nach dem Fort, woselbst er erklärte, daß er einen Besuch in der Umgegend bei Freunden gemacht, und nach seiner Wohnung hätte zurückkehren wollen. Der Umstand, daß man in seiner Nähe keine Waffe gefunden, spricht allerdings für ihn. Die Wunde, die er erhalten, ist gefährlich. Das Bein muß ihm wahrscheinlich abgenommen werden. Die übrigen ausgeschickten Patrouillen nahmen 10 Personen fest, welche verhaftet blieben, weil sie sich nicht gehörig rechtfertigen konnten. Die Polizei, von diesem neuen Attentat in Kenntniß gesetzt, soll, wie verlautet, einem Komplott auf der Spur sein, das die Ermordung isolirter Soldaten zum Zweck hat. Im Laufe des gestrigen Tages haben neue Verhaftungen stattgefunden.

Paris, 10. Febr. Mehrere Arbeiter von Besançon haben dem Präsidenten der Republik eine Adresse überreicht, bei welcher Gelegenheit derselbe eine kleine Rede an sie hielt, an deren Ende es heißt: „Die arbeitenden Klassen haben meine ganze Sympathie. Ich will, daß meine Regierung sich auf das Interesse der Massen stützt, und glauben Sie mir, daß das Ihrige nicht vernachlässigt werden wird. Ich bemühe mich aus allen Kräften, dem Land einen glänzenden Wohlstand zu geben. Ich hoffe aus Frankreich die schönste Republik der Welt zu machen. Helfen Sie mir nur, meine Freunde! Fürchten Sie nicht, mich wissen zu lassen, was Sie als recht und nützlich erkennen. Ich werde immer glücklich sein, Aufklärungen von allen Seiten zu empfangen, um das große Ziel zu erreichen, das ich mir vorgesetzt.“

Der letzte Freiheitsbaum von Paris, der sich in dem Hofe der polytechnischen Schule befand, ist vor einigen Tagen umgebaut worden. Nächsten Sonntag soll ein großer Maskenzug über die Boulevards gehen. Man glaubt, daß halb Paris sich bei dem Schauspiel einfinden werde. — Es fragt sich noch sehr, ob es der Regierung gelingen wird, die Wahlen ganz in ihrem Sinn durchzuführen. Die niedrigeren Klassen in Paris dürften vielleicht im Sinne der Regierung wählen, die nicht-

sozialistische Partei der Republikaner scheint ihre Kandidaten (darunter vielleicht auch Cavaignac) aufstellen zu wollen. Eben so dürften es die Orleansisten halten, und vielleicht sogar sich schließlich mit den („honneten“) Republikanern verständigen.

### Spanien.

Madrid. Die neuesten telegraphischen Nachrichten, welche man aus Madrid zu Paris hatte, sind vom 7. d. Sie melden (wie gestern schon berichtet) die Wegnahme des Verbandes von der Wunde der Königin und deren rasche Wiedergenesung. Nicht damit stimmt eine Mittheilung der „Presse“ überein, wornach bei der spanischen Gesandtschaft zu Paris Nachrichten eingelaufen sein sollen, welche den Gesundheitszustand der Königin unter einem sehr beunruhigenden Gesichtspunkte darstellen. (s. u.) — Die auf dem gewöhnlichen Weg aus Madrid eingelaufenen Nachrichten reichen bis zum 5. Die an diesem Tag veröffentlichten offiziellen Bulletins schildern alle den Gesundheitszustand der Königin als sehr befriedigend. Die Königin, auf welche das finstere Gesicht des Mörders einen starken Eindruck gemacht, hatte dasselbe fortwährend vor sich; mit dem Fieber ist jedoch diese Vision verschwunden. Sie hatte bereits ihre Tochter zu sehen verlangt. Die Königin soll sich wiederholt gegen die Hinrichtung Merino's ausgesprochen, aber zuletzt dem Justizminister nachgegeben haben, welcher ihr vorstellte, daß, falls man ihn begnadige, das Volk ihn selbst umbringen würde. Der König ist von einem kleinen Unwohlsein befallen worden; die Königin-Mutter verläßt das Krankenbett ihrer Tochter nicht. — Der Prozeß gegen Merino wurde mit großer Schnelligkeit geführt. Am 5. ist bereits der erste Theil des Urtheils, die Degradirung, vollzogen worden. Dieser Theil des Urtheils wurde auf einem Balkon des Gefängnisses Saltero im Beisein einer ungeheuren Volksmenge von dem Bischof von Majorca in Ausführung gebracht. Die Degradirung besteht darin, daß dem Schuldigen unter dem entsprechenden Ritus die geistlichen Würden entzogen werden. Zugleich wird ihm die geistliche Kleidung abgenommen. Alsdann erklärte der anwesende Richter dem Mörder, daß er sich von diesem Augenblick an auf den Tod vorbereiten solle. Merino hatte bis dahin seine ganze Geistesgegenwart und Feiterkeit behalten, fortwährend behauptend, er habe der Menschheit einen Dienst leisten wollen. Das Todesurtheil erschien ihm niederzuschmettern. — Die Vorsichtsmaßregeln, welche nach dem Attentat angeordnet worden waren, haben aufgehört. Die Wohnung des Mörders ist jedoch fortwährend noch von der Polizei besetzt. — Die Kirchen sind immer noch sehr stark besucht; die Deputirtenkammer hat einer Messe in der Kirche des h. Jsidor beigewohnt.

Madrid. Die (obige) Nachricht der „Presse“ von der schlimmen Wendung in dem Befinden der Königin von Spanien wird durch eine amtliche Mittheilung der französischen Regierung für unwahr erklärt, und zugleich eine telegr. Meldung aus Madrid vom 8. d. bekannt gemacht, wornach die Königin auf dem Wege der Genesung ist.

Was den Mörder M. Merino anlangt, so werfen die Nachrichten, je neuer sie sind, ein um so schlimmeres Licht auf ihn. Schon im Jahr 1808 trat er in die Guerillabanden zu Sevilla und kehrte im Jahr 1814 in das Kloster zurück, aus dem er entflohen war. Den liberalistischen und radikalen Zeitendungen jederzeit bis zum Ausschweifenden zugehörig, glaubte er sich im Jahr 1819 deshalb verfolgt und ging nach Frankreich. Im Jahr 1820 kehrte er nach Spanien zurück, schloß sich der Oppositionspartei in den Ereignissen vom 7. Juli 1822 gegen Ferdinand VII. an und kam deshalb im folgenden Jahr ins Gefängniß zu Madrid. Durch Amnestie freigeworden, begab er sich im Jahr 1824 abermals nach Frankreich, wo er als Sprachlehrer und Seelforger an mehreren Orten bei Bordeaux 11 Jahre lang verweilte. Vermittelt eines Gewinnes in der Lotterie wohlhabend geworden, trieb er, nach Spanien zurückgekehrt, wucherische Geldgeschäfte, dabei immer seine politische Richtung mit der ganzen Gluth des südlichen Blutes verfolgend.

Nachdem er seine schwarze That vollbracht, schien er ganz ruhig und gleichmüthig geblieben zu sein, nur dadurch unangenehm berührt, daß man ihm sagte, die Königin sei nicht todt und er habe sein verbrecherisches Ziel verfehlt. Der Abbé Cesso, Almosnier der Königin, konnte sich, als er den Mörder sah, seiner Entrüstung nicht bemeistern und rief ihm zu: „Sie sind kein Priester, sondern ein elender Schurke!“ Merino antwortete ganz kaltblütig darauf: „Die Glenden sind diejenigen, welche von früh bis spät das Lob des Herrn dieses Hauses singen.“ Der Verteidiger stützte seine Verteidigung vor den Gerichten auf die Annahme, Merino müsse im Zustand des Wahnsinns und also unzurechnungsfähig sein, und verlangte ein ärztliches Gutachten. Dieses wurde auch abgegeben, widerlegte aber die Unterstellung des Verteidigers. Der Verteidiger verlangte nun eine neue ärztliche Untersuchung, die jedoch von dem Gericht als unstatthaft befunden wurde. Im Gefängniß übte M. Merino eine strenge Diät und behauptete keine Mitschuldigen zu haben, hinzufügend, er sei zu stolz, um sich zu einem Werkzeuge Anderer zu machen.

### Großbritannien.

London, 7. Febr. Hr. Thiers wird während der Saison in London bleiben; er hat ein Haus in der Nähe von Grosvenor Square gemiethet und läßt es elegant möbliren. — Pariser Korrespondenten hiesiger Blätter behaupten aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß seit kurzem die Beziehungen zwischen L. Napoleon und dem Wiener Kabinet an Zuneigung verloren haben, während zwischen England und Oesterreich eine allmähliche Annäherung stattfindet. Neapel segle im Fahrwasser Oesterreichs und suche ein herzlicheres Einverständnis mit dem britischen Hofe seit dem Konfiskationsdekret gegen das Haus Orleans.

London, 10. Febr. (Frei. Bl.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde vom Ministerium die Reformbill für die Wahlen zum Unterhaus vorgelegt. Die Hauptbestimmungen der Bill sind: Der seitherige Zensus für die Wahlberechtigung soll um die Hälfte herabgesetzt werden, die Abstammung bei den Wahlen geheim sein. Die Dauer des Parlaments soll verringert werden. Eine Verringerung der Zahl der Burgstellen ist nicht vorgeschlagen, eben so wenig eine Vermehrung der Zahl der Städte.

### Neueste Post.

In Folge öffentlicher Beschuldigungen, als habe Kossuth auf seiner Ueberfahrt im Mitteländischen Meer sich in verletzender Weise gegen den Kapitän Lang und die andern Offiziere vom „Mississippi“ betragen, hat das Repräsentantenhaus in Washington die Vorlage des zwischen Kossuth, dem Commodore Morgan, Kap. Lang und dem nordamerikanischen Konsul zu Marseille stattgehabten Briefwechsels verlangt. Uebrigens dauert das Kossuthfieber in Nordamerika fort.

Der englische Minister des Innern, Sir George Grey, wird Freitag 13. d. dem Unterhause seinen die Vermehrung der Miliz betreffenden Plan vorlegen. Das Unglück zu Solmsirch ist noch größer, als es Anfangs schien. Etwa 120 Menschen haben ihr Leben eingebüßt, der Ort ist größtentheils ein Trümmerhaufen; man rechnet den Schaden auf 5- bis 600,000 Pf. St.

Auch aus Hannover kommen Nachrichten von Ueberschwemmungen. Zur Zeit finden wieder Privatverhandlungen wegen der deutschen Flotte in Hannover statt. Von Seiten Bremens nimmt der Senator Dackwig daran Theil.

Am 8. d. hielt der Wiener Zollkongreß seine 20. Haupt-sitzung. In Rom will man jetzt zur Reorganisation der Armee schreiten.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

685. [9]2. Bei Ed. Kaufler in Landau ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Resultate der Wasserheilanstalt Gleisweiler bei Landau in Rheinbayern,** dargestellt durch eine Anzahl daselbst behandelter Krankheitsfälle. Von Dr. med. A. Schneider. 16 fr. rh., od. 5 Ngr.

Durch die Aufzählung einer großen Anzahl von Krankheitsfällen läßt dieses Heftchen uns einen näheren Blick werfen auf die überraschend günstigen Heilerfolge, deren der Verfasser, als gebildeter Praktiker, in dieser Spezialität des ärztlichen Wissens sich bereits zu erfreuen hatte.

823. [4]2. Karlsruhe.

### Janus,

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Im Laufe des Jahres 1851 schloß die Gesellschaft wieder neue Lebens-Versicherungen im Betrage von **1,183,620 Mark Banco.**



Sie bleibt fortwährend bemüht, durch Billigkeit der Prämien und Liberalität ihrer Prinzipien dem Publikum die Theilnahme an der wohlthätigen Institution der Lebensversicherung möglichst zu erleichtern. Statuten der Gesellschaft werden unentgeltlich verabreicht, und nähere Auskunft ertheilt durch die Herren Agenten: Fr. Kemmer in Mannheim, Altrathschneider Fr. W. Bachmann in Heidelberg, Chr. Bühner in Zwingenberg, Hauptlehrer Veis in Sinsheim, Bürgermeist. Walter in Gonselsheim, Aug. Ungerer & Comp. in Pforzheim, Fr. Kuger jr. in Durlach, Fr. K. Feig in Gernsbach, Fr. Trischler in Freiburg, J. J. Umenhofer jr. in Billingen, Hauptlehrer Fricker in Wöhrbach, Körner & Fink in Kandel, Ed. Treinbäcker in Schopfheim, so wie durch Karlsruhe, im Februar 1852.

Aug. Hoyer, Hauptagent, Langestr. Nr. 154.

818. [3]3. Fr. Chaillet, der seit mehreren Jahren die höhere Schule in Grandson, Kanton Waadt, versehen, und nebst dem hiesigen einige Jünglinge hielt, hat nunmehr seine öffentliche Stelle resignirt, um sich fortan den jungen Leuten zu widmen, welche die französische Sprache zu erlernen und eine weitere Ausbildung in den Realwissenschaften wünschen. Der jährliche Pensionspreis ist 480 fr. Für nähere Auskunft beliebe man sich an Frn. Dezan Funt, Pfarrer zu Bleybach, Kanton Bern, an Frn. Constançon, Banquier in Yverden, und für Prospekt, welche die verschiedenen Lehrfächer und Bedingungen enthalten, an Frn. Chaillet selbst zu wenden.

919. [3]2. Karlsruhe. **Lehrlingsgefuch.** Ein gefitteter junger Mensch, der die Schreinerkunst erlernen will, wird unter sehr annehmbaren Bedingungen in die Lehre gesucht. Näheres bei der Expedition dieser Zeitung.

789. [3]3. Karlsruhe. **Offene Stellen.** Für eine Filialapothek in einer hübschen Gegend wird ein Verwalter gesucht; Eintritt auf 1. April d. J. Ferner wird ein Apothekergehilfe gesucht; Eintritt ebenfalls bis 1. April. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

### Ich gebe 10,000 Thlr.

Demjenigen, welcher beweist, daß das von mir, Leopold Lob, Chemiker in Paris, erfundene **Eau de Lob** keine neue Haare auf kahlen Köpfen erzeugt, und daß die Tausende von Certificaten der ehrenwerthen Personen, welche beurkunden, daß mein **Eau de Lob** denselben wieder einen neuen Haarschmuck hervorbringen machte, resp. das Ausfallen der Haare gänzlich gehemmt hat, falsch seien. Dieses rühmlichst bekannte **Eau de Lob** wird gegen frankirte Einfindung des Betrages in Flacons mit Gebrauchsanweisung à 3 Thlr., und das halbe Flacon à 1 1/2 Thlr. verkauft bei dem Erfinder Leopold Lob, Chemiker, rue Saint Honoré Nr. 281 in Paris, und in dem **alleinigen Depot für Westdeutschland, bei Geschwister Lob, Bechergasse Nr. 2 in Köln.**

918. [2]2. Karlsruhe. **Offene Lehrlingsstelle in einer Stadt des Mittelrheingebietes.** In einer gemüthlichen Waarenhandlung ein gros & ein detail in die Stelle eines Lehrlings frei und kann zugleich durch einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann besetzt werden. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieser Zig.

967. Karlsruhe. Ein gebrauchtes Objektiv 18" ohne Cam. obs. kauft. Wer? sagt die Expedition dieses Blattes auf frankirte Anfragen.

952. Pforzheim. **Wirthshaus-Verkauf.** Bis Montag, den 15. März d. J., werden Vormittag 11 Uhr auf diesseitiger Kanzlei der Untheilbarkeit wegen verheigert die dem Rosenwirth Ernst Putzmacher dazier und seinen Kindern zugehörigen

**Gebäude:**  
1) Eine zweifelhafte Behausung mit Real-Wirthschaftsgeräthigkeit zur Rose und Bäckereieinrichtung in der Altsäcker Straße, neben

Sattler Effigs Erben und Rappenwirth Kaiser:  
2) eine dreifelhafte Behausung gegenüber der erfieren, der untere Theil für eine Handlung eingerichtet, neben Konbitor Baldbauer und dem Rathhaus, mit Hausgarten;  
3) eine zweifelhafte Scheuer mit Stallungen, Wagenremise und gewölbtem Keller hinter dem Haus Nr. 2, auf die Dörsengasse stoßend. Pforzheim, den 10. Februar 1852. Bürgermeisterrat. Ferrenner.

959. [2]1. Billingen. **Schafweide-Verpachtung.** Die Stadt Billingen verpachtet ihre Schafweide für 1852, welche 300 Stück Hämmel oder 250 Stück Mutterkühe nährt, Samstag, den 28. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, auf der Stadtkanzlei, wozu Liebhaber eingeladen werden. Billingen, den 10. Februar 1852. Das Bürgermeisterrat. Künzler. vdt. Schupp.

